

„Es trifft die Ärmsten“

SPD-Abgeordneter Arnold kritisiert Kürzung des Elterngelds

(pm) Vor Kurzem hatte Bundesfamilienministerin Kristina Schröder Kürzungen beim Elterngeld angekündigt. Nun sind neue Details über dieses Vorhaben bekannt geworden. Diese Details sowie neue Zahlen des Statistischen Bundesamtes bestätigen aus Sicht der Sozialdemokraten die Befürchtungen, dass sich die soziale Schieflage bei Familien vergrößert. „Das Erfolgsmodell des Elterngeldes wird zerstückelt“, so der Nürtinger Bundestagsabgeordnete Rainer Arnold (SPD).

Konkret sehe das Familienministerium vor, das Mindestelterngeld von 300 Euro für Hartz-IV-Empfänger ganz zu streichen. Dies betreffe fast 50 000 Alleinerziehende und knapp 85 000 Paar-Haushalte. Zudem solle die Lohnersatzrate von 67 auf 65 Prozent des anzurechnenden Nettoeinkommens gesenkt werden. In der Diskussion stehe außerdem die Anrechnung und damit die Kürzung des Elterngeldes bei Mini Jobbern, Beziehen des staatlichen Kinderzuschlags oder bei denjenigen, die ihr geringes Gehalt durch Hartz IV aufstocken müssen. Dieser Sockelbetrag sei aber der zentrale Bestandteil für die soziale Ausgewogenheit des Elterngeldes, so Arnold.

Nach der generellen Ablehnung von allen Seiten her hatte Familienministerin Schröder eine Sonderregel angekündigt. Wie diese allerdings aussehen wird, stehe noch in den Sternen - wie so vieles. Der SPD-Mann kritisiert: „Anstatt ein schlüssiges Gesamtkonzept vorzulegen, kommen immer wieder einzelne Vorschläge von der Ministerin, die aber alle samt und sonders nicht durchdacht

sind. Man hat den Eindruck, dass ihr Realitätssinn abhanden gekommen ist“.

Denn wie lasse sich erklären, dass man zuallererst wieder bei den Schwächsten sparen werde, während doppelt erwerbstätige, gutverdienende Familien begünstigt würden? Ministerin Schröder verliere allmählich ihre Glaubwürdigkeit, denn sie breche mit den angekündigten Plänen auch ihr eigenes Wort. Erst vor Kurzem habe sie das Elterngeld ausbauen und die Vätermomente sowie die maximale Bezugsdauer erhöhen wollen: „Dies wäre der Weg in die richtige Richtung gewesen.“ Nun sei davon allerdings nicht mehr die Rede. Im Gegenteil: Nun wolle sie 440 Millionen Euro einsparen, indem das Elterngeld auf die Hartz-IV-Leistungen angerechnet werden soll.

Dies konterkariere das Erfolgsmodell des Elterngeldes, welches auf der Idee der ehemaligen Bundesfamilienministerin Renate Schmidt (SPD) fuße. Das Elterngeld solle eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie eine Stärkung der Partnerschaftlichkeit in der Kindererziehung befördern.

Laut den Zahlen des Statistischen Bundesamtes nehmen mittlerweile 21 Prozent der Väter Elterngeld in Anspruch. Zu Zeiten des früheren Erziehungsgeldes seien es gerade einmal 3,5 Prozent gewesen. Natürlich sei es so, dass das Elterngeld zunächst als Lohnersatzleistung für Familien während des ersten Lebensjahres des Kindes gedacht war. Doch es sei auch eine Anerkennung ihrer Erziehungsleistung. Arnold meint: „Diese leisten Menschen, die auf eine Grundsicherung angewiesen sind ebenso wie Ehepaare, die mehr Geld zur Verfügung haben.“

„Die jetzigen Pläne sind sozial ungerecht, unausgewogen, vertiefen die soziale Schieflage und geben zudem ein grundlegend falsches Signal. Die Erziehungsleistung der Eltern sollte nicht nach der sozialen Herkunft und dem Einkommen bewertet werden“, sagt Arnold.

NTZ – Samstag, 07.08.2010